

Merkblatt für die „grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen“

1.	Aktuelles.....	2
1.1.	Registrierungspflicht für Abfalltransporteure	2
1.2.	Importverbot von bestimmten Abfällen zum Zweck der Deponierung	2
1.3.	Verpflichtender Abfalltransport per Bahn ab 1.1.2023	3
1.4.	Einstufung von Kunststoffabfällen bei grenzüberschreitender Verbringung.....	3
2.	Relevante Vorschriften	4
2.1.	EU-Regelungen.....	4
2.2.	Anlaufstellen-Leitlinien (Correspondents' Guidelines).....	4
2.3.	Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002)	5
2.4.	Grenzgebietsabkommen Österreich–Deutschland.....	5
2.5.	Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2017	6
3.	Liste der zuständigen Behörden	7
4.	EG-VerbringungsV – wichtigste Bestimmungen	7
5.	Notifizierung.....	8
6.	Dem Antrag zusätzlich anzuschließende Unterlagen	10
7.	Sicherheitsleistung.....	12
7.1.	Verbringung von Abfällen zur vorläufigen Verwertung oder Beseitigung	13
7.2.	Einfuhr von Abfällen (aus Nicht-EU-Staaten).....	13
8.	Vertrag	14
9.	Fristen	14
10.	Gültigkeitsdauer der Bewilligungen.....	15
11.	Anmerkungen zum Ausfüllen des Notifizierungsformulars und des Begleitformulars	15
12.	Verbringung von Abfällen der Grünen Abfallliste ohne Notifizierung (Art. 18)	16
13.	Datenschutzinformation	17

1. Aktuelles

1.1. Registrierungspflicht für Abfalltransporteure

Abfalltransporteure, die in Österreich tätig werden, haben sich seit dem 1.1.2022 vor Aufnahme der Tätigkeit elektronisch über die Internetseite edm.gv.at zu registrieren.

Auch Transporteure, deren Daten bereits im EDM-System vorhanden sind, z. B. aufgrund bereits erfolgter grenzüberschreitender Verbringungen von Abfällen, unterliegen dieser Registrierungspflicht und müssen ihre Stammdaten im EDM aktualisieren bzw. deren Aktualität im EDM bestätigen. Erst nach diesen Schritten gelten sie als ordentlich registriert und können, z. B. bei grenzüberschreitenden Verbringungen von Abfällen, als Transporteure berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang wird auf § 21 Abs. 2 AWG 2002 hingewiesen.

1.2. Importverbot von bestimmten Abfällen zum Zweck der Deponierung

Seit 1.1.2022 besteht für bestimmte vermischte, vermengte oder durch Zumischung anderer Sachen oder Stoffe vorbehandelte Abfälle nach Österreich zum Zweck der Deponierung oder zum Zweck der Verfestigung, Stabilisierung oder Immobilisierung vor der Deponierung ein Importverbot (§ 69 Abs. 7c AWG 2002 idF BGBl. I 2021/200). Davon ausgenommen sind vermischte, vermengte oder vorbehandelte Abfälle, die zu technischen Versuchszwecken im Ausmaß bis zu 25 Tonnen mit schriftlicher Notifizierung und Zustimmung gemäß den Vorgaben der EG-VerbringungsV nach Österreich verbracht werden und nach Abschluss der Versuche einer Deponierung oder der Verfestigung, Stabilisierung oder Immobilisierung vor der Deponierung zugeführt werden sollen.

Das gemeinsame Sammeln von Abfällen der gleichen Art und Qualität und mit vergleichbarem Schadstoffgehalt stellt kein Vermischen oder Vermengen im Sinne dieser Bestimmung dar. Die gleichbleibende Qualität ist im Rahmen des Notifizierungsverfahrens zu belegen.

Vom Importverbot umfasst sind insbesondere die EAV-Codes (Europäischer Abfallkatalog) 19 02 03, 19 02 04*, 19 03 04*, 19 03 05, 19 12 11*, 19 12 12.

1.3. Verpflichtender Abfalltransport per Bahn ab 1.1.2023

Ab 1.1.2023 müssen bestimmte Transporte von Abfällen per Bahn (oder durch andere Verkehrsmittel mit gleichwertigem oder geringerem Schadstoff- oder Treibhausgaspotenzial, wie etwa Antrieb mittels Brennstoffzelle oder Elektromotor) erfolgen (§ 69 Abs. 10 AWG 2002 idF BGBl. I 2021/200).

Dies gilt nicht, wenn nachgewiesen wird, dass von der Bahn keine entsprechenden Kapazitäten bereitgestellt werden können, oder wenn beim Bahntransport die auf der Straße zurückzulegende Transportstrecke für die An- und Abfahrt zu und von einer der am nächstgelegenen Verladestellen im Vergleich zum ausschließlichen Transport auf der Straße 25 % oder mehr betragen würde.

Die BMK wird dazu bis zum 1.12.2022 eine digitale Abfrageplattform einrichten, auf der entsprechende Anfragen zielgerichtet gestellt und Angebote der Eisenbahnverkehrsunternehmen rasch eingeholt werden können. Sofern keine entsprechenden Kapazitäten bereitgestellt werden können, erfolgt eine Bestätigung darüber binnen zwei Werktagen. Als Nachweis über die fehlende Kapazität gilt ausschließlich die Bestätigung durch die digitale Plattform.

Weitere [Informationen](#), [Berechnungsbeispiele](#) sowie eine ausführliche [FAQ](#) zur digitalen Abfrageplattform finden Sie auf der [Website der BMK](#).

1.4. Einstufung von Kunststoffabfällen bei grenzüberschreitender Verbringung

Seit 1.1.2021 gelten gemäß Verordnung (EU) Nr. 2174/2020 zur Änderung der Anhänge IC, III, IIIA, IV, V, VII und VIII der EG-VerbringungsV (1013/2006) neue Einträge für Kunststoffabfälle in den Anhängen III, IIIA, IV und V der EG-VerbringungsV (1013/2006). Diese Änderungen wurden eingeführt, um die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von Kunststoffabfällen zu verstärken und deren umweltverträgliche Verwertung zu gewährleisten.

Näheres finden Sie auf der [Website des Bundesministeriums](#) und im [Leitfaden zur Einstufung von Kunststoffabfällen](#).

2. Relevante Vorschriften

2.1. EU-Regelungen

- **Verordnung (EG) Nr. 1013/2006** des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Verbringung von Abfällen (**EG-VerbringungsV**), Amtsblatt Nr. L 190 vom 12. Juli 2006 konsolidierte Fassung vom 11.01.2021
- zuletzt geändert durch **Verordnung (EU) Nr. 2174/2020** der Kommission vom 19. Oktober 2020 zur Änderung der Anhänge IC, III, IIIA, IV, V, VII und VIII der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verbringung von Abfällen Verordnung (EU) Nr. 2174/2020
- **Richtlinie 2008/98/EG** des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien konsolidierte Fassung vom 05.07.2018

Staatenliste erstellt vom deutschen Umweltbundesamt zum Export "Grüner Abfälle" aus der EU in Nicht-OECD-Staaten (Stand: wird im Laufe des Jahres 2022 erstellt und zum Download bereitgehalten).

2.2. Anlaufstellen-Leitlinien (Correspondents' Guidelines)

Diese Anlaufstellen-Leitlinien sind gesetzlich nicht bindend, stellen aber die gemeinsame Auffassung aller Mitgliedstaaten zur Auslegung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen dar. Die Leitlinien stehen auf der Homepage der Europäischen Kommission gesammelt zum Download bereit.

- Anlaufstellen-Leitlinien Nr. 1: Verbringung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten
- Anlaufstellen-Leitlinien Nr. 2: Unterrichtung über die Einfuhr von Abfällen in die Gemeinschaft, die beim Einsatz von Streitkräften oder Hilfsorganisationen anfallen, gemäß Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe g der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen
- Anlaufstellen-Leitlinien Nr. 3: Bescheinigung für die nachfolgende nicht vorläufige Verwertung oder Beseitigung nach Artikel 15 Buchstabe e der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen

- Anlaufstellen-Leitlinien Nr. 4: Einstufung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten sowie Flugasche aus Kohlekraftwerken gemäß Anhang IV Teil 1 Buchstabe c der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen
- Anlaufstellen-Leitlinien Nr. 5: Einstufung von Holzabfällen in den Einträgen B3050 oder AC170
- Anlaufstellen-Leitlinien Nr. 6: Einstufung von Schlacken aus der Behandlung von Kupferlegierungen in den Einträgen GB040 und B1100
- Anlaufstellen-Leitlinien Nr. 7: Einstufung von Glasabfällen, die von Kathodenstrahlröhren stammen, in den Einträgen B2020 oder A2010
- Anlaufstellen-Leitlinien Nr. 8: Einstufung von toner- und druckfarbenthaltigen Kartuschen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen
- Anlaufstellen-Leitlinien Nr. 9: Verbringung von Altfahrzeugen
- Anlaufstellen-Leitlinie Nr. 10: Verbringung von Abfällen gemäß Artikel 18 der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen
- Anlaufstellen-Leitlinie Nr. 11: Spezifikation eines Datenmodells für den elektronischen Datenaustausch unter Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 über Abfalltransporte
- Anlaufstellen-Leitlinie Nr. 12: Einstufung von Kunststoffabfällen

2.3. Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002)

BGBI. I 2002/102 idF BGBI. I 2021/200, konsolidierte Fassung, insbesondere

- § 17 Aufzeichnungspflichten für Abfallbesitzer (sowie Aufbewahrungsfrist)
- § 18 Übergabe von gefährlichen Abfällen
- § 19 Abs. 1 (Beförderung von gefährlichen Abfällen – mitzuführende Unterlagen)
- § 21 Abs. 6 (Registrierungspflicht für Notifizierende)
- §§ 66 bis 72a (7. Abschnitt – Grenzüberschreitende Verbringung)
- § 75a (Pilotprojekte)
- § 79 Abs. 1 Z 15a, 15b, Abs. 2 Z 18 bis 23, Z 26, Abs. 3 Z 13 bis 16 (Verwaltungsübertretungen – Strafhöhe)
- §§ 82, 83 (Mitwirkung der Bundespolizei, Aufgaben der Zollorgane)

2.4. Grenzgebietsabkommen Österreich–Deutschland

Am 1. Juli 2009 ist das Abkommen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen nach Artikel 30 der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen

Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Verbringung von Abfällen, BGBI. III 2009/72, in Kraft getreten.

Mit diesem bilateralen Abkommen werden **Erleichterungen des Notifizierungsverfahrens** für bestimmte **notifizierungspflichtige grenzüberschreitende Abfallverbringungen im Grenzgebiet von Österreich und Deutschland** festgelegt.

Im Falle der Verbringung von Abfällen aus Österreich nach Österreich über das deutsche Eck und einige weitere Grenzübergänge (vgl Kapitel II des Grenzgebietsabkommens, BGBI. III 2009/72) sind insbesondere folgende Erleichterungen vorgesehen:

- Zustimmungen zu Notifizierungen können für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren erteilt werden,
- es ist keine Sicherheitsleistung iSd Art. 6 EG-VerbringungsV zu hinterlegen,
- Meldungen gemäß Art. 15 lit. d und e EG-VerbringungsV (Eingangs- und Verarbeitungsmeldungen bei der vorläufigen Verwertung oder Beseitigung) sind nicht zu erstatten,
- Meldungen gemäß Art 16 lit. e EG-VerbringungsV (Verarbeitungsmeldung bei der endgültigen Verwertung oder Beseitigung) sind nicht zu erstatten.

Zudem sind bei den genannten Verbringungen keine Meldungen an die zuständige deutsche Transitbehörde (UBA Dessau) erforderlich, da das UBA Dessau für derartige Notifizierungen über einen Zugang zur EDM-Anwendung eVerbringung besitzt und sämtliche zu erstattenden Meldungen online einsehen kann.

2.5. Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2017

Teil 2 des Bundes-Abfallwirtschaftsplans 2017 – **Kapitel 9** – beschreibt die **Leitlinien zur grenzüberschreitenden Abfallverbringung** und enthält beispielhafte Fotos zu vielen Einträgen der Grünen Abfallliste sowie Gegenbeispiele notifizierungspflichtiger Abfälle der Gelben Abfallliste.

bundesabfallwirtschaftsplan.at

3. Liste der zuständigen Behörden

In Österreich ist gemäß § 66 Abs. 2 AWG 2002 die **Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie** für die Anwendung der EG-VerbringungsV zuständige Behörde am Versandort, zuständige Behörde am Bestimmungsort sowie für die Durchfuhr zuständige Behörde und Anlaufstelle gemäß Art. 54 der EG-VerbringungsV.

Liste aller zuständigen Behörden in der EU

4. EG-VerbringungsV – wichtigste Bestimmungen

Bestimmung	Rechtsstelle
Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen	Titel I (Art. 1, 2)
Ausnahmen vom Geltungsbereich der EG-VerbringungsV	Art. 1 Abs. 3
Grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen innerhalb der Gemeinschaft	Titel II (Art. 3 bis 32)
Allgemeiner Verfahrensrahmen:	Art. 3
<ul style="list-style-type: none"> • Verfahren der vorherigen schriftlichen Notifizierung und Zustimmung oder • allgemeine Informationspflichten (Formular gemäß Anhang VII) 	
Verfahren der schriftlichen Notifizierung und Zustimmung	Art. 4 bis 17:
<ul style="list-style-type: none"> • alle Abfälle zur Beseitigung • Abfälle der Gelben Abfallliste zur Verwertung • nicht gelistete Abfälle zur Verwertung 	<ul style="list-style-type: none"> • Art. 11 Einwände Beseitigung • Art. 12 Einwände Verwertung • Art. 14 präautorisierte Anlagen • Art. 15 zusätzliche Bestimmungen zur vorläufigen Verwertung und Beseitigung
Abfälle, für die bestimmte Informationen (Formular gemäß Anhang VII) mitzuführen sind:	Art. 18
<ul style="list-style-type: none"> • Abfälle der Grünen Abfallliste zur Verwertung ab 20 kg • Alle Abfälle zur Laboranalyse bis 25 kg 	
Rücknahmeverpflichtungen, Kostentragung	Art. 22 bis 25
Differenzen bezüglich der Einstufung von Abfällen (immer strengere Einstufung)	Art. 28

Bestimmung	Rechtsstelle
Verbringung mit Durchfuhr durch Drittstaaten	Art. 31, 32
Ausfuhr aus der EU	Titel IV (Art. 34 bis 40)
Ausfuhr zur Beseitigung – Verbot unter Ausnahme der EFTA-Staaten	Art. 34, 35
Ausfuhr zur Verwertung – Verbot für gefährliche Abfälle in Staaten, für die der OECD-Beschluss C(2001) 107 endg. nicht gilt	Art. 36
Ausfuhr zur Verwertung – Verfahren bei der Ausfuhr von in den Anhängen III und IIIA aufgeführten Abfällen in Staaten, für die der OECD-Beschluss C(2001) 107 endg. nicht gilt <ul style="list-style-type: none"> • Verbot oder • schriftliche Notifizierung und Zustimmung gemäß Art. 35 oder • Formular gemäß Anhang VII 	Art. 37
Ausfuhr zur Verwertung – Verfahren bei der Ausfuhr in Staaten , für die der OECD-Beschluss C(2001) 107 endg. gilt	Art. 38
Einfuhr in die EU	Titel V (Art. 41 bis 46)
Einfuhr zur Beseitigung – Verbot unter Ausnahme insb. aus Vertragsparteien des Basler Übereinkommens	Art. 41, 42
Einfuhr zur Verwertung – Verbot unter Ausnahme insb. aus Staaten, für die der OECD-Beschluss C(2001) 107 endg. gilt und aus Vertragsparteien des Basler Übereinkommens	Art. 43 bis 45
Durchfuhr durch die Gemeinschaft aus und nach Drittstaaten	Titel VI (Art. 47, 48)

5. Notifizierung

Bewilligungen zur Verbringung von notifizierungspflichtigen Abfällen aus Österreich sind nur den in § 69 Abs. 3 AWG 2002 aufgelisteten Personen zu erteilen.

Personen, die gemäß der EG-VerbringungsV beabsichtigen, eine notifizierungspflichtige **Verbringung** von Abfällen **aus Österreich (Exporte, Deutsches Eck)** durchzuführen, haben sich, sofern sie nicht bereits im Register gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 registriert sind, über die Internetseite edm.gv.at im Register zu **registrieren**, und den **Antrag samt Unterlagen**

ausschließlich **elektronisch** über das Register gemäß § 22 Abs. 1 (**EDM – eVerbringung**) bei der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie einzubringen (§ 67 Abs. 1 AWG 2002 idF BGBl. I 2021/200).

Der Notifizierende gemäß Art. 2 Z 15 der EG-VerbringungsV stellt seinen Antrag auf Zustimmung zur grenzüberschreitenden Verbringung von notifizierungspflichtigen Abfällen mit dem **Notifizierungsformular**, welches vollständig auszufüllen und zu unterfertigen ist, und dem **Begleitformular**, von welchem nur jene Felder auszufüllen sind, die bereits zum Zeitpunkt der Antragstellung ausgefüllt werden können.

Hinweise

- Falls der Notifizierende nicht der Erzeuger der Abfälle ist, ist das Notifizierungsformular auch vom Erzeuger / Neuerzeuger oder Sammler zu unterfertigen!
- Feld 22 des Versand-/Begleitformulars ist immer erst vor Erstattung der Transportmeldung für die aktuelle Sendung der Abfälle im Rahmen der Notifizierung auszufüllen und zu unterfertigen.

Notifizierungsformular und **Begleitformular** sind bei Verbringungen zwischen den Mitgliedstaaten sowie bei der Ausfuhr aus der EU von der **zuständigen Behörde am Versandort auszustellen**.

Der **Notifizierungsantrag** ist (bei Verbringungen zwischen EU-Mitgliedstaaten ausschließlich) **bei der zuständigen Behörde am Versandort einzureichen**, welche die vollständige Notifizierung anschließend an die anderen betroffenen zuständigen Behörden weiterleitet.

Neue **Notifizierungsanträge** für Verbringungen aus Österreich (**Exporte, Deutsches Eck**) müssen seit 1.3.2022 **online ausgefüllt** und an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über die **EDM-Anwendung eVerbringung** übermittelt werden (§ 67 Abs. 1 AWG 2002 idF BGBl. I 2021/200).

Bei **Verbringungen** aus Österreich (**Exporte, Deutsches Eck**) müssen die Meldungen gemäß Art. 16 lit. b EG-VerbringungsV (**Transportmeldungen**) seit 1.3.2022 ausschließlich **elektronisch** über die **EDM-Anwendung eVerbringung** erstattet werden (§ 72b Abs. 1 AWG 2002 idF BGBl. I 2021/200).

Bei **Verbringungen** nach Österreich (**Importe**) sind die Meldungen gemäß Art. 15 lit. c und d sowie Art. 16 lit. d und e EG-VerbringungsV (**Eingangs- und Verarbeitungsmeldungen** bei vorläufiger und endgültiger Verwertung bzw. Beseitigung) seit 1.3.2022 ausschließlich **elektronisch** über die **EDM-Anwendung eVerbringung** zu erstatten (§ 72b Abs. 2 AWG 2002 idF BGBl. I 2021/200).

Bei der elektronischen Meldungserstattung über die EDM-Anwendung eVerbringung sind keine Begleitformulare hochzuladen.

Weiterhin besteht bei allen Importen und Exporten die **Möglichkeit, sämtliche Meldungen** iSd Artikel 15 lit. c, d und Artikel 16 lit. b, d und e EG-VerbringungsV in **elektronischer** Form an das BMK über die **EDM-Anwendung eVerbringung** zu übermitteln.

Nähere Informationen finden Sie unter edm.gv.at

6. Dem Antrag zusätzlich anzuschließende Unterlagen

1. Beschreibung des **Prozesses der Abfallerzeugung**
(Anhang II Teil 3 Z 8 EG-VerbringungsV);
2. Analyse/Beschreibung der physikalischen und chemischen **Eigenschaften des Abfalls**
(§ 68 Abs. 1 Z 3 AWG 2002, Anhang II Teil 3 Z 7 EG-VerbringungsV);
3. technische Beschreibung der **Behandlungsanlage samt Behandlungsverfahren** (§ 68 Abs. 1 Z 1 AWG 2002, Anhang II Teil 1 Z 5 und Teil 3 Z 1 und 9 EG-VerbringungsV);
4. **(IPPC-)Anlagengenehmigung** für die Verwertungs- oder Beseitigungsanlage
(Anhang II Teil 1 Z 5 und Teil 3 Z 2 und 14 EG-VerbringungsV);
5. gegebenenfalls **Vorabzustimmung** gemäß Art. 14 Abs. 2 EG-VerbringungsV
(Anhang II Teil 1 Z 5 EG-VerbringungsV);
6. wenn die Abfälle zur Verwertung bestimmt sind:

- a) geplante **Behandlung der Restabfälle**
(§ 68 Abs. 1 Z 1 AWG 2002, Anhang II Teil 1 Z 20 lit. a EG-VerbringungsV);
 - b) Verhältnis **verwertetes Material : Restabfall**
(Anhang II Teil 1 Z 20 lit. b EG-VerbringungsV);
 - c) **Schätzwert** des verwerteten Materials
(Anhang II Teil 1 Z 20 lit. c EG-VerbringungsV);
 - d) **Kosten** der Verwertung und der Beseitigung des nicht verwertbaren Anteils
(Anhang II Teil 1 Z 20 lit. d EG-VerbringungsV);
7. **Vertrag** zwischen Notifizierendem und Empfänger/Behandlungsanlage
(§ 68 Abs. 1 Z 2 AWG 2002, Anhang II Teil 1 Z 22 und Teil 3 Z 12 EG-VerbringungsV);
 8. bei **vorläufiger** Verwertung oder Beseitigung:
zusätzlicher **Vertrag zwischen vorläufiger und nicht vorläufiger Behandlungsanlage**
(Anhang II Teil 1 Z 5 EG-VerbringungsV);
 9. die **Nachweise gemäß § 69 Abs. 10 AWG 2002** idF BGBl. I 2021/200 betreffend
Ausnahmen vom verpflichtenden Abfalltransport **per Bahn**
(§ 68 Abs. 1 Z 5a AWG 2002);
 10. **bei Händlern oder Maklern als Notifizierende:**
Ermächtigung gemäß Art. 2 Z 15 lit. a iv) bzw. v) EG-VerbringungsV **oder Vertrag**
zwischen dem Erzeuger, Neuerzeuger oder Einsammler und dem Makler bzw. Händler
(Anhang II Teil 1 Z 23 und Teil 3 Z 12 EG-VerbringungsV);
 11. **Sicherheitsleistung** (insbesondere Bankbürgschaft oder Bankgarantie) oder
Versicherung gemäß Art. 6 EG-VerbringungsV: bei Verbringung / Ausfuhr aus
Österreich im Original, ansonsten im Original oder Kopie (§ 68 Abs. 1 Z 4 AWG 2002,
Anhang II Teil 1 Z 24 und Teil 3 Z 10 EG-VerbringungsV);
 12. **Informationen über die Berechnung** der Sicherheitsleistung
(Anhang II Teil 3 Z 11 EG-VerbringungsV);
 13. Nachweis einer ausreichenden **Haftpflichtversicherung** für die eingesetzten
Transportmittel im Falle des Transports gefährlicher Güter (§ 68 Abs. 1 Z 5 AWG 2002,
Anhang II Teil 1 Z 21 und Teil 3 Z 13 EG-VerbringungsV);
 14. **Transportweg inkl. Grenzübergänge / Zollstellen**, einschließlich Alternativroute
(Anhang II Teil 1 Z 14 EG-VerbringungsV);
 15. **maximale Transportdauer und Transportentfernung;**
(Anhang II Teil 3 Z 4 und 14 EG-VerbringungsV);
 16. **Erlaubnis** für die Sammlung/Behandlung von Abfällen gemäß **§ 24a AWG 2002**.
 17. Darüber hinaus ist es **zweckmäßig**, folgende weitere Unterlagen anzuschließen:
 - a) Gewerbeschein
 - b) Firmenbuchauszug

Das ausgefüllte und firmenmäßig unterfertigte (Firmenstempel und Unterschrift) **Notifizierungsformular** ist zusammen mit dem **Begleitformular** und den anderen **erforderlichen Unterlagen** (sowie den notwendigen **Abschriften** für die anderen zuständigen Behörden) an das **BMK, Abt. V/1, Stubenbastei 5, 1010 Wien**, zu übermitteln. Bei **Verbringungen aus Österreich (Exporte, Deutsches Eck)** ist der **Antrag samt Unterlagen** in **elektronischer** Form über die EDM-Anwendung **eVerbringung** zu stellen (edm.gv.at; § 67 Abs. 1 AWG 2002 idF BGBl. 2021/200).

7. Sicherheitsleistung

Für jede **notifizierungspflichtige Verbringung** im Sinne der EG-Verbringungsverordnung ist die **Hinterlegung einer Sicherheitsleistung** oder der Nachweis einer entsprechenden **Versicherung** erforderlich.

Durch diese Sicherheitsleistung muss Folgendes abgedeckt sein:

- **Transportkosten**
- **Kosten der Verwertung oder der Beseitigung** einschließlich aller erforderlichen vorläufigen Verfahren
- **Lagerkosten für 90 Tage** für die betreffenden Abfälle

Zuständig für die **Festlegung und die Freigabe der Sicherheitsleistung** ist grundsätzlich die zuständige **Behörde am Versandort**.

Die Sicherheitsleistung / Versicherung muss **bis zum Nachweis der erfolgten Beseitigung/ Verwertung** der grenzüberschreitend verbrachten Abfälle, d.h. bis zum **Vorliegen sämtlicher Bescheinigungen der Anlage gemäß Art. 16 lit. e bzw. Art. 15 lit. e EG-VerbringungsV über die erfolgte Beseitigung / Verwertung** der Abfälle unter ihrer Verantwortung **gültig sein**.

7.1. Verbringung von Abfällen zur vorläufigen Verwertung oder Beseitigung

Im Fall der Verbringung von Abfällen zur vorläufigen Verwertung oder Beseitigung kann die Sicherheitsleistung / Versicherung bei **Vorliegen sämtlicher Bescheinigungen der Anlage gemäß Art. 15 lit. d EG-VerbringungsV** über den Abschluss der vorläufigen Verwertung oder Beseitigung **freigegeben** werden, wenn eine zusätzliche Sicherheitsleistung vorliegt oder die zuständige Behörde am Bestimmungsort der Auffassung ist, dass eine solche Sicherheitsleistung oder entsprechende Versicherung nicht erforderlich ist (siehe Art. 6 Abs. 6 EG-VerbringungsV).

Im Fall der Verbringung von Abfällen **nach Österreich zur vorläufigen Verwertung oder Beseitigung** ist auch **jede nachfolgende Verbringung zu einer Behandlungsanlage** in Österreich von **einer entsprechenden Sicherheitsleistung oder Versicherung abzudecken**.

Hinweis

Falls die zuständige Behörde am Versandort bestätigt, dass die dort hinterlegte Sicherheitsleistung **erst nach Vorliegen der Bescheinigungen** der nachfolgenden nicht-vorläufigen Verwertung oder Beseitigung **gemäß Art. 15 lit. e EG-VerbringungsV freigegeben wird**, ist keine zusätzliche Sicherheitsleistung im Sinne von Art. 6 Abs. 6 EG-VerbringungsV erforderlich.

7.2. Einfuhr von Abfällen (aus Nicht-EU-Staaten)

Falls **keine (ausreichende) Sicherheitsleistung/Versicherung** bei der zuständigen Behörde am Versandort vorliegt, legt die **Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie** eine **zusätzliche Sicherheitsleistung oder Versicherung fest**.

Muster für Sicherheitsleistungen sind auf der [Website des BMK](#) abrufbar.

8. Vertrag

Dieser muss den in den einschlägigen Bestimmungen der EG-Verbringungsverordnung festgesetzten **Mindestinhalt** aufweisen:

- **Art. 5** (allgemeine Vertragsbestimmungen) bei **Verbringungen innerhalb der EU**
- Art. 35 Abs. 3 lit. f (zusätzliche Bestimmungen im Vertrag bei der Ausfuhr aus der EU zur Beseitigung)
- Art. 38 Abs. 3 lit. e (zusätzliche Bestimmungen im Vertrag bei der Ausfuhr aus der EU zur Verwertung in Staaten, für die der OECD-Beschluss gilt)

Muster für Verträge sind auf der [Website des BMK](#) abrufbar.

9. Fristen

Zustimmungsbescheide sind seitens der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie grundsätzlich innerhalb einer Frist von **30 Tagen ab Absendung der Empfangsbestätigung durch die zuständige Behörde am Bestimmungsort** zu erlassen.

Die gleiche Frist gilt auch für die Erhebung von **Einwänden**.

Ausnahmen

- Für **Verbringungen innerhalb der Europäischen Union** mit **Durchfuhr durch Österreich** ist **kein Bescheid** zu erlassen, es sei denn, es sind auf Art. 11 oder 12 der EG-Verbringungsverordnung gestützte Einwände zu erheben oder Auflagen vorzuschreiben oder es ist vor Ablauf der Frist eine Entscheidung der Behörde zur Wahrung der öffentlichen Interessen gemäß § 1 Abs. 3 AWG 2002 erforderlich oder es handelt sich um eine Verbringung zu einer Verwertungsanlage mit Vorabzustimmung im Sinne des Art. 14 der EG-Verbringungsverordnung (**stillschweigende Zustimmung bei der Durchfuhr durch Österreich bei Verbringungen innerhalb der EU**).

- Bescheide für die **Ausfuhr** von **zur Beseitigung** bestimmten Abfällen in Drittstaaten aus Österreich sind bei Durchfuhr durch einen Drittstaat frühestens **61 Tage** nach Übermittlung der Empfangsbestätigung der für die Durchfuhr zuständigen Behörde dieses Drittstaates zu erlassen.
- Bescheide für die **Ausfuhr** von **zur Verwertung** bestimmten Abfällen in Drittstaaten, für die der OECD-Beschluss gilt, mit Durchfuhr durch einen Staat, für den der OECD-Beschluss nicht gilt, aus Österreich sind frühestens **61 Tage** nach Absendung der Empfangsbestätigung der für die Durchfuhr zuständigen Behörde dieses Drittstaates zu erlassen.
Der Bescheid kann auch früher erlassen werden, wenn die schriftliche Zustimmung der anderen betroffenen zuständigen Behörde eingelangt ist.

10. Gültigkeitsdauer der Bewilligungen

Die Bewilligungen für die grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen sind **längstens für die Dauer eines Jahres auszustellen** (Art. 9 Abs. 4 EG-VerbringungsV).

Bei Verbringungen zu **Verwertungsanlagen mit Vorabzustimmung** kann die Zustimmung für die Dauer von bis zu drei Jahren ausgestellt werden (Art. 14 Abs. 2 EG-VerbringungsV).

Hinweis

Stillschweigende Zustimmungen von Transitstaaten gelten für die **Dauer eines Jahres** ab folgendem Zeitpunkt: **30 Tage nach Übermittlung der Empfangsbestätigung** durch die zuständige Behörde am Bestimmungsort.

11. Anmerkungen zum Ausfüllen des Notifizierungsformulars und des Begleitformulars

1. Informationen betreffend das Ausfüllen dieser Formulare finden sich in **Anhang IC der EG-VerbringungsV**.

Hinweis: **Folgende Felder des Begleitformulars** sind erst jeweils unmittelbar VOR

Beginn der jeweiligen Verbringung soweit wie möglich auszufüllen: 2, 5, 6 (7 – falls mehrere Verpackungsarten), 8, 15.

2. Zu Feld 14 der Formulare: Unter Punkt 14 i) ist der **Basel-Code** gemäß Anlage VIII oder IX des Basler Übereinkommens anzugeben. (Diese Listen sind in **Anhang V** der EG-VerbringungsV abgedruckt.) Unter Punkt 14 ii) ist der **OECD-Code** gemäß **Anhang III, IIIA, IIIB, IV bzw. IVA** der EG-VerbringungsV anzugeben.
3. **Zu Feld 2 und 10 des Notifizierungsformulars (Felder 4 und 10 des Begleitformulars):**
Im Falle der Verbringung von Abfällen zur vorläufigen Verwertung (R12, R13) oder Beseitigung (D13 - D15) ist in diesen Feldern jeweils **die (erste) vorläufige** Verwertungs- oder Beseitigungsanlage anzugeben.
Die entsprechenden Angaben zu den **nachfolgenden** Verwertungs- oder Beseitigungsanlagen sind auf einem gesonderten **Anhang** zum Notifizierungsformular bzw. Begleitformular anzuführen.
4. Eine entsprechende Vorgangsweise ist auch bei der **Erstattung der Meldungen** gemäß **Art. 15 c), d) und Art 16b), d), e)** anzuwenden:
 - Die (erste) vorläufige Anlage bestätigt den Eingang und die Verarbeitung auf den Feldern 18 und 19 des Begleitformulars;
 - die Meldungen der nicht vorläufigen Anlage sind (im Wege der (ersten) vorläufigen Anlage) auf einem gesonderten Anhang zum Begleitformular dem BMK zu übermitteln (siehe Formular Bescheinigung nach Artikel 15 e) der EG-VerbringungsV).
 - In jenen Fällen, in denen die Eingangs- und Verarbeitungsmeldungen verpflichtend über die EDM-Anwendung eVerbringung zu erstatten sind (Importe nach Österreich), müssen in eVerbringung keine Begleitformulare hochgeladen werden.

12. Verbringung von Abfällen der Grünen Abfallliste ohne Notifizierung (Art. 18)

Ein **Vertrag** im Sinne von Art. 18 Abs. 2 über die Verwertung der Abfälle ist vor Beginn der Verbringung abzuschließen (Muster).

Es ist in diesem Vertrag jedenfalls sicherzustellen, dass eine allfällige Rücknahme von nicht den Annahmebedingungen des Empfängers entsprechenden Abfällen im Versandstaat erfolgt.

Beim Transport ist das ausgefüllte Formular gemäß Anhang VII der EG-VerbringungsV mitzuführen.

Zum Ausfüllen siehe: Anlaufstellen-Leitlinien Nr. 10 in Kapitel 2.1.

Handelt es sich bei den Abfällen der grünen Abfallliste um **gefährliche** Abfälle, gilt das Formular gemäß Anhang VII der EG-VerbringungsV gemäß § 19 Abs. 1 Z 2a AWG 2002 auch als nationaler Begleitschein gemäß Abfallnachweisverordnung 2012, BGBl. II 2012/341 idgF.

Der **österreichische Empfänger** hat weiter die **Übernahme** gemäß § 18 Abs. 3 AWG 2002 dem **Landeshauptmann zu melden**.

Ausnahme: Sind Abfälle der grünen Abfallliste derart (mit anderen Abfällen/Stoffen) **kontaminiert**, dass sie dadurch gefährliche Eigenschaften aufweisen, muss die Zustimmung der BMK zur Verbringung der Abfälle (**Notifizierungsverfahren**) beantragt werden. Bitte erkundigen Sie sich im Vorfeld bei der zuständigen Stelle. Eine **Übersicht** über die **Grenzwerte** bei kontaminierten Abfällen der Grünen Abfallliste der EU-Mitgliedstaaten finden Sie bei der Europäischen Kommission.

Staatenliste erstellt vom deutschen Umweltbundesamt zum Export „Grüner Abfälle“ aus der EU in Nicht-OECD-Staaten (Stand: wird im Laufe des Jahres 2022 erstellt und zum Download bereitgehalten).

13. Datenschutzinformation

Das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie verarbeitet Ihre Daten für Zwecke der ordnungsgemäßen, raschen und effizienten Vollziehung der grenzüberschreitenden Abfallverbringung gemäß EG-VerbringungsV sowie § 66 ff AWG 2002. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie im EDM unter edm.gv.at sowie auf der Website des BMK.

Erstellt von

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie
Sektion V Umwelt und Kreislaufwirtschaft
Abteilung V/1 Betriebliches Abfallrecht, Abfallverbringung und Umwelthaftung
Stubenbastei 5, 1010 Wien

Erstellt am: 23. August 2022